



Nueva Nicaragua **Informe**

15. Jahrgang

Juni 2018

Nr. 158

Der Dialog ruht und Nicaragua kommt nicht zur Ruhe

Von Wolfgang Herrmann



Drei Runden hat der Tisch des Nationalen Dialogs gehalten. In der zweiten Runde hatten sich alle Teilnehmer zum „Waffenstillstand“ verpflichtet. Die Straßenblockaden aber blieben bestehen. Die Regierungsdelegation unter Leitung des Außenministers Denis Moncada kritisierte zu Beginn der dritten Runde, die Tagesordnung nicht rechtzeitig erhalten zu haben. Sie warf den Gegenseiten vor, sich nicht an den „Waffenstillstand“ gehalten zu haben. Sie schlug vor, die Ergebnisse der Erfüllung des Abkommens zwischen der Regierung Nicaraguas und dem Generalsekretariat der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in die weiteren Beratungen des Dialogtischs einzubeziehen, weil sie die Auffassung vertritt, dass dort alles vereinbart wurde, was für die Demokratisierung des Landes erforderlich ist. Diesen Vorschlag lehnten die Gegenseiten ab. Inzwischen ruht der Dialog (das kann bei Erscheinen dieser Informe-Ausgabe bereits wieder anders sein), aber die Gewalt geht weiter. Die Regierung wirft der rechten Opposition vor, die Unruhen

zu befördern. Die rechte Opposition beschuldigt die Regierung, Gewalt gegen Demonstranten anzuwenden. Wie soll ein Staat die Gewalt zügeln, wenn er seine Ordnungskräfte nicht einsetzen darf? Ein logischer Ausweg ist nicht in Sicht. Alle an der Krise Beteiligten drehen sich in der Spirale. (Siehe: Wie die Positionen in Übereinstimmung bringen? *Informe Pastrán*)

Der Generalsekretär der Nationalen Arbeiterfront Gustavo Porras beriet mit dem Arbeiterrat, um die ständige Verteidigung der Arbeit und des Friedens anzukündigen. Der Rat verurteilte die Gewaltakte der rechten Putschisten und forderte, dass jeder einzelne Fall untersucht wird. Die Gewerkschaftsfront rief die Werktätigen Managuas auf, sich für die Verteidigung der Revolution, des Friedens und der Verfassung zu mobilisieren. „Es ist eine Barbarei, was hier die rechten Putschisten mit dem Recht auf Arbeit, der Ruhe und der Ordnung anstellen. Sie sind für diese Lage verantwortlich. Wir wollen Gerechtigkeit und Aufklärung jedes Todesfalls, den es bei diesem Putschanschlag gab“, erklärte Porras.

Die Anführerin der Anti-Kanal-Bauernbewegung Francisca Ramírez rief dagegen die „selbsternannten“ Demonstranten auf, die Straßen in Nicaragua total zu sperren. Mit ihr solidarisierten sich Studenten der Nationalen Ingenieuruniversität (UNI)...

Für die Führung der FSLN bedeuten die lange Liste der Strukturveränderungen und die beinahe Abschaffung des gesamten Staates, wie sie im Dialog vorgeschlagen werden, die Nichtanerkennung der aktuellen Regierung und de facto einen Staatsstreich... Die Regierung und die FSLN unterstützen eine Reihe von Wahlreformen, um den kommenden Wahlen mit einem neuen Obersten Wahlrat, einem neuen Wahlgesetz und neuen Spielregeln Gewissheit und Sicherheit zu geben. Die Regierung, die 2021 aus den Wahlen hervorgehen wird, soll die Veränderungen oder die Verfassungsreform durchführen, die gefordert werden... Außerdem sind im nächsten Jahr die Bestätigung der Ämter der Wahl- und Justizorgane fällig... Die Verfassung legt eine Reihe von Ursachen für die Amtsenthebung des Präsidenten fest. Sie reichen vom Rücktritt bis hin zu Krankheit und Tod... In all diesen Fällen nimmt der Vizepräsident die Präsidentschaft ein. Im Falle des Ausfalls des Präsidenten und des Vizepräsidenten übernimmt der Präsident der Nationalversammlung das Amt... Wenn alle drei das Amt nicht wahrnehmen können, bestimmt die Präsidentschaft der Republik aus den 93 Abgeordneten der Nationalversammlung den Vertreter... Die Verfassung beinhaltet keine andere Prozedur.

Längst ist offensichtlich geworden, worum es in Nicaragua tatsächlich geht. Um eine „zweifelhafte Reform der Sozialversicherung“ bestimmt nicht mehr. Die Tageszeitung *Junge Welt* vermittelt im Beitrag von Modaira Rubio, Caracas, „Wie in Venezuela“ vom 2. Juni 2018 einen Eindruck über die Hintergründe der politischen Krise. Ich veröffentliche ihn in dieser Ausgabe mit freundlicher Genehmigung der Redaktion der Zeitung.

Auf *Tortilla con Sal* schrieben Jorge Capelán und Stephen Sefton den Beitrag „Die Linke über Nicaragua – zwischen Hochmut und Ignoranz“. Sie könnten damit auch einige Linke hierzulande meinen.

Am 18. Mai berichteten die fünf Bischöfe über die ersten Früchte des Nationalen Dialogs. Die Regierung, der Privatsektor, die Zivilgesellschaft, die Universitätsstudenten, die Anti-Kanal-Bewegung und die Gewerkschaften hätten bewiesen, dass die Nicaraguaner bei all ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit zusammenstehen, wenn sie dazu den Mut, die Courage und den guten Willen haben... Alle Akteure des Dialogs verpflichteten sich, die Gewalt, egal woher sie kommt, einzustellen, die Präsenz der Polizei zu reduzieren, die an Zusammenstößen interessierten Gruppen aufzulösen, die Barrikaden auf dem Universitätsgelände und in den Barrios zu entfernen, die Straßensperren abzubauen und friedlich zu demonstrieren... Den ersten Früchten stellte die Unternehmensberatung COPADES die wirtschaftlichen Verluste gegenüber und die sind horrend. (Siehe: „Verluste übersteigen 600 Millionen US-Dollar“, *Informe Pastrán*)

Die nordamerikanische Denkfabrik *Stratfor*, strategischer Dienstleister der US-Administration, befürchtet: „Wenn die Proteste dazu führen, dass Ortega gehen muss, dann intensivieren die politischen Oppositionen der Regierungen in Honduras und Guatemala möglicherweise die Proteste in diesen beiden Ländern.“ (Siehe: „Wegen Nicaragua – Welle der Instabilität in Mittelamerika“, *Informe Pastrán*)

Fernando Bossi, Direktor des Emanzipationsprojekts und des Portals ALBA beschreibt die aktuelle Krise, die Nicaragua erfasst hat. Er hebt dabei die Ambitionen der Regierungen der Vereinigten Staaten und ihren ständigen Anspruch, die Völker der Welt zu beherrschen, hervor. „Ihr könnt mit unserer aktiven Solidarität rechnen. Von Venezuela Bolivars und Chávez aus stehen wir an eurer Seite“, sagte er. (Siehe: „Die Sandinistische Revolution verteidigen“, *La Voz del Sandinismo*)

Der Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) Luis Almagro, der wahrlich kein Freund linker Regierungen in Lateinamerika ist,

tritt für eine demokratische Lösung der politischen Krise in Nicaragua ein. Er möchte, dass die mit der Regierung getroffenen Vereinbarungen aus dem vergangenen Jahr Grundlagen für den Ausweg bilden. Selbst ihm gehen die Auftritte der rechten Opposition Nicaraguas zu weit. Sie hatte ihm vorgeworfen, Komplize einer Diktatur zu sein. (Siehe: „OAS wird nicht für einen anti-demokratischen Ausweg bürgen“, *Informe Pastrán*)

Junge Welt vom 2. Juni 2018

Nicaragua

Wie in Venezuela

Von Modaira Rubio, Caracas

Gewalt in Nicaragua eskaliert. USA, EU und OAS machen Front gegen Regierung Ortega. Erinnerungen an Kampagne gegen Nicolás Maduro 2017

Der Muttertag wird in Nicaragua jährlich am 30. Mai begangen, diesmal sogar aufgrund einer Anordnung der Regierung als bezahlter Feiertag. Auf der Avenida de Bolívar a Chávez in der Hauptstadt Managua versammelten sich aus diesem Anlass die Anhänger der Regierung zu einem Friedenskonzert. Ein zeitgleicher Aufmarsch Tausender Oppositioneller eskalierte jedoch, und es kam erneut zu Gewalt. Mindestens 15 Menschen starben, rund 200 weitere wurden verletzt. Die von der Opposition kontrollierten Tageszeitungen und Fernsehsender machten dafür erneut die Regierung verantwortlich. Die Polizei habe die friedlichen Demonstranten attackiert, hieß es. In sandinistischen Medien veröffentlichte Aufnahmen belegen dagegen die terroristischen Gewalttaten der rechten Gruppen. Nicaraguas Regierung appellierte erneut an alle Seiten, die internen Differenzen durch Gespräche beizulegen. Dagegen fordern die Opposition sowie die Unternehmer des Landes vorgezogene Präsidentschaftswahlen, um die Krise beizulegen.

Ein Vergleich mit den Ereignissen in Venezuela im vergangenen Jahr liegt nahe. Das südamerikanische Land erlebte zwischen April und Juni 2017 eine ähnliche Gewaltwelle, die von Paramilitärs angezettelt wurde, die aus dem Ausland finanziert, von den internationalen Medien allerdings als „friedliche Demonstranten“ gefeiert wurden.

Präsident Daniel Ortega war 2016 mit mehr als 70 Prozent der abgegebenen Stimmen wiedergewählt worden. Die Abstimmung war aber von den USA und der Europäischen Union in Frage gestellt worden, ähnlich wie die jüngste Präsidentschaftswahl in Venezuela.

Am Donnerstag attackierten militante Gruppen in Matagalpa und Chontales unter anderem Polizeiwachen und Einrichtungen eines staatlichen Bauunternehmens. Offenbar wollen die Regierungsgegner vor der am Montag und Dienstag in Washington stattfindenden Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) den Druck erhöhen, damit das „US-Kolonialministerium“ auf Grundlage der sogenannten Demokratie-Charta Sanktionen gegen Managua beschließt. Auch das EU-Parlament machte am Donnerstag mit einer Resolution, die mit 536 gegen 39 Stimmen bei 53 Enthaltungen angenommen wurde, die Regierung von Ortega für die Gewalt verantwortlich. Die Sprecherin des US-Außenministeriums, Heather Nauert, sprach von einer „gewaltsamen Antwort“ der nicaraguanischen Regierung auf die Demonstrationen und drohte, Menschenrechts-Verletzende würden von der „internationalen Gemeinschaft“ zur Verantwortung gezogen. Auch dies erinnert an Venezuela im vergangenen Jahr.

Der spanische Akademiker Germán Gorraiz López analysierte bereits im April in einem auf dem russischen Internetportal *Geopolitica.ru* veröffentlichten Artikel, dass Venezuela und Nicaragua Opfer des neuen Kalten Krieges würden, den die USA auf wirtschafts- und handelspolitischem Gebiet gegen China entfesselten. Die Trump-Administration wolle um jeden Preis die Regierungen loswerden, die sich mit dem asiatischen Giganten verbündet haben. So müsse Nicaragua nun für den mit China vereinbarten Bau eines Kanals zwischen dem Atlantik und dem Pazifik bezahlen, der dem von Washington kontrollierten Panamakanal Konkurrenz machen werde.

Anmerkung:

Im März 2015 veröffentlichte das nicaraguanische Nachrichtenportal *El 19 Digital* ein Interview, das *BBC Mundo* mit Wan Jing, dem Präsidenten der HKND-Group, Auftragnehmerin des Kanalprojekts, führte. Dort antwortete er auf eine entsprechende Frage, dass das Projekt unabhängig vom Charakter der politischen Macht des Landes verwirklicht wird...

Die USA haben in Mittelamerika schon einmal ein begonnenes Kanalprojekt, das die Franzosen Lessep, Erbauer des Suez-Kanals, übernommen. Sollte das geschehen, würden die Bauern, die heute protestieren, alles verlieren. Das jetzige Kanalprojekt bietet ihnen besseres Land als vorher zum Austausch an. Das wird es dann nicht mehr geben, denn die Gegner wollen das Kanalgesetz, das den Ausgleich festlegt, kassieren... Die USA schätzen die wirtschaftlichen Vorteile des Nicaraguakanals. Ihnen gefällt nur nicht, dass er zum Seidenstraßenplan Chinas gehört. Werden die heutigen Kanalkritiker verstummen, käme das Kanalprojekt unter USA-Flagge zur Ausführung?

Die Linke über Nicaragua – zwischen Hochmut und Ignoranz

Jorge Capelán und Stephen Sefton auf Tortilla con Sal, 16. Mai 2018

Der kürzlich veröffentlichte Artikel des Lateinamerikanischen Strategischen Zentrums der Geopolitik (CELAG) über Nicaragua beweist mit großer Klarheit die Stärken und Schwächen der intellektuellen Linken in Lateinamerika und Europa. Ihre Vertreter erfassen die wesentlichen Charakterzüge der gültigen Prozesse auf globaler und kontinentaler Ebene gut. Bei einigen Themen, die sie entsprechend kennen, beweisen sie eine gute Fähigkeit zur rigorosen Untersuchung. Jedoch ist niemand von den Mitgliedern des CELAG aus Lateinamerika oder der Karibik. Im Falle Nicaragua beweisen sie, dass sie grundlegende Details und Basisfakten nicht kennen. Der Artikel zeigt auch, dass sie nicht viel über das wissen, was in den vergangenen 10 Jahren über Nicaragua, seine Wirtschaft, seine Politik und Geopolitik von verschiedenen Medien und Chronisten der Sandinisten gesammelt und geschrieben worden ist. Da sind zum Beispiel die Beiträge des Historikers Aldo Diaz Lacayo, der Intellektuellen Orlando Nuñez Soto, Carlos Midence und Carlos Fonseca Terán oder des Analytikers William Grigsby Vado.

Geopolitik

Der Artikel des CELAG gibt ein paar Pinselstriche über das geopolitische Problem wider, erklärt an Venezuela, Russland und dem Interozeanischen Kanal, lässt aber fundamentale Themen für einen ernsthaften Chronisten über den mittelamerikanischen Isthmus, besonders über Nicaragua, beiseite.

Erstens ist seine geopolitische Lage ein entscheidendes Element der nicaraguanischen Nation, die in einem Durchgangsgebiet von Osten nach Westen, Norden und Süden liegt.

Zweitens ist das Wasser, egal, ob es als Verkehrsmittel oder Lebensgrundlage dient, die wichtigste Ressource des Landes und Objekt größten Streits, speziell im 21. Jahrhundert.

Drittens ist Nicaragua die Nation mit dem ausgedehntesten Territorium in seiner Region. Es ist vielleicht das einzige Land der Welt, das zwar größer ist als seine Nachbarn, aber das meiste Territorium an sie verloren hat.

Das ist so, weil der Stein des Anstoßes aller Kolonialprojekte darin bestand, die politische Einheit Mittelamerikas, speziell die Entwicklung Nicaraguas als Staatsnation, zu verhindern. Das ist so, weil die Vereinigten Staaten einen gewissen Wohlstandsstaat in Costa Rica akzeptierten. Das würden sie aber in Nicaragua niemals tun. Über Russland, China und Venezuela kann viel

gesagt werden. Aber ohne die früheren Elemente zu verstehen, ist es unmöglich, eine Idee zu haben, welche Interessen auf dem Spiel stehen. Deshalb war die Geschichte Nicaraguas voller Kriege und längster Armutspereoden. Übrigens sind diese Tatsachen dem Präsidenten Comandante Daniel Ortega zur Genüge bekannt. Die Chronisten der CELAG sind der Meinung, das in Nicaragua eine „Farbenrevolution“ oder noch besser ein „weicher Putsch“ stattfinden könnte... Das ist offenbar eine Wahrheit mehr für uns, die wir die Ereignisse im Lande im Verlauf des letzten Monats erlebt haben.

Der IWF

Wenn jedoch CELAG beabsichtigt zu argumentieren, dass die fortschreitende Konterrevolution Frucht des Drucks des IWF ist, dann glauben wir das nicht. Es stimmt, dass Nicaragua 2005 der HIPC-Initiative beitrug. Das Ergebnis war, dass der IWF dem Land den größten Teil seiner Schulden erließ. (Die HIPC-Initiative wurde 1999 auf dem G8-Gipfel in Köln auf Betreiben der deutschen Regierung ausgeweitet. Es entstand die sogenannte erweiterte Entschuldungsinitiative.)

2006 beschloss die damalige Regierung den Beitritt zum Freihandelsabkommen TLC CAFTA-DR, praktisch eine Bedingung, über die nicht gesprochen wurde, um vom Schuldenerlass zu profitieren. CELAG erwähnt nicht, dass in dieser Zeit nicht die Sandinisten regierten, sie kamen erst 2007 an die Macht, sondern die Liberalen mit Präsident Enrique Bolaños. Mehr als ein Jahr vor dem Ende der Regierungsperiode von Präsident Bolaños, stimmte der Block von 35 sandinistischen Abgeordneten 2005 in der Nationalversammlung gegen den Beitritt Nicaraguas zum CAFTA-DR...

Der IWF ist nur ein Bestandteil aller jener Kräfte, die ein sehr nachteiliges Milieu für jeden Veränderungsprozess in Mittelamerika und der Karibik bestimmen. Das heißt, dass CELAG die innere Lage Nicaraguas nicht versteht, wenn es behauptet, dass „die nicaraguanische Regierung vor dem einheimischen und internationalen Unternehmertum sowie den internationalen Finanzinstitutionen zurückweicht, die für eine Anpassung Druck ausüben“. Im Gegenteil. Gerade weil die Privatunternehmen begannen, mit der Minderheit der politischen Opposition in Nicaragua zusammenzugehen, verteidigte die Regierung von Präsident Daniel Ortega die Wirtschafts- und Sozialrechte... Diese Rechte beinhalten unter anderem die kostenlose Bildung und gesundheitliche Betreuung, die jährlichen Erhöhungen des Mindestlohnes um fünf oder sechs Prozent wegen der auf Grund der Inflation, das massive Pro-

gramm der Übergabe von Eigentumstiteln zu Gunsten der einfachen Familien und allgemein die tiefgreifende und breite Demokratisierung der Wirtschaft des Landes, speziell zu Gunsten der Frauen.

CELAG bezieht sich ständig auf das Verhältnis der Regierung Nicaraguas mit dem IWF, den Arbeitgebern und dem Kanalunternehmen HKND. Aber an keiner Stelle wird erwähnt, dass die Regierung von einer breiten sozialen Bewegung unterstützt wird. Wer die Version des CELAG liest, gewinnt den Eindruck, dass es in Nicaragua keine sozialen Sektoren gibt, die auf die Straße gehen, um die Regierung zu unterstützen... Am 30. April war Managua voller Sandinisten, die aus eigenem Antrieb auf die Straßen gingen, um die Regierung zu unterstützen. Etwas Ähnliches geschah in der vergangenen Woche. Lange Demonstrationzüge verurteilten die Gewalt, die sich im ganzen Lande lang und breit gemacht hatte. Die Basisorganisationen der Frente Sandinista organisierten in den Barrios die Bevölkerung, um die Banden abzuwehren, die die Plünderungen und diversen Gewaltakte auslösen. Das heißt nicht, dass die Frente Sandinista in der Lage war, alle Bevölkerungsschichten zu mobilisieren.

Die Volkswirtschaft

Noch ernsthafter ist, dass der Artikel des CELAG die grundlegenden Tatsachen über die politische Ökonomie des Landes ignoriert. In Nicaragua produziert nicht die Bourgeoisie den Reichtum, sondern der Sektor der Volks-, Kooperativ-, Verbands- und Selbstverwaltungswirtschaft, die mehr als die Hälfte des BIP erzeugt und mehr als 70 Prozent der Arbeitsplätze bereitstellt. Aus diesem Motiv heraus gestattete die Regierung zum Beispiel nicht das Auftreten von UBER in Nicaragua. (UBER ist ein amerikanisches Dienstleistungsunternehmen mit Sitz in San Francisco.) Auf dem Gebiet der Investitionen ist es auch nicht die Bourgeoisie, die mehr dazu beiträgt, sondern der Staat und das ausländische Kapital. Dazu gehört auch nach der nichtkapitalistischen Logik das Kleinkapital der US-Amerikaner, die in kleine Hotels oder andere Dinge investieren, weil sie es sonst in den USA verlieren würden. Bei aller Prominenz in der Debatte, ist COSEP kein starkes Gremium der Unternehmer. Sein Präsident José Adán Aguerrí hat kein bekanntes Unternehmen. Er ist ein reiner Funktionär eines Gremiums, das viel umfasst, aber wenig bewegt. Andererseits hätte die Gesamtheit der Wirtschaftsakteure der Volksschichten und der kleinen Kapitalgeber, die nicht aus Gründen der Spekulation dominieren, entgegen der Auffassung der Linken konsultiert werden müssen. Aber das wurde aufgrund der spezifischen historischen Faktoren in Nicaragua nicht geschafft.

Hier war der Hauptoperateur und Interessent des Putsches außer den USA das große internationale Finanzkapital. Derjenige, der am Sonnabend nach den Protesten die Studenten der privaten Polytechnischen Universität (UPOLI) umarmte, war niemand anderes als Piero Coen, gemäß *Forbes* der reichste Mann Nicaraguas und Siebte der reichsten Millionäre der Region. Das Ziel bestand nicht nur darin, das Land in den Zustand vor 2007, sondern in den vor 1979 oder vielleicht sogar bis in die 1920er Jahre 2007 zurückzuwerfen, als der Sandinismus noch nicht existierte. „COSEP vertritt mich nicht. Ich bin bei euch, Muchachos“, sagte ihnen der „revolutionäre“ Finanzhai. Das Nationalinstitut für Sozialversicherung (INSS) mit einer Million Mitgliedern, zahlreichen neuen Kliniken und Krankenhäusern heute zu privatisieren und einen Prozess der Neuverteilung des städtischen und ländlichen Eigentums von fast 40 Jahren wieder rückgängig zu machen und die bäuerliche Lebensmittelproduktion zu kappen, sind einige der Interessen solcher Gruppen.

Mit einer fragilen, aber sehr widerstandsfähigen Wirtschaft (einziges lateinamerikanisches Land, das 90 Prozent der Lebensmittel produziert, die es konsumiert, Volkswirtschaft, breites Genossenschaftswesen, Erweiterung des Außenhandels und der Einnahmequellen etc.), ist das sandinistische Wirtschaftsmodell sehr erfolgreich. Diese Fakten sind keine Erfindungen des IWF. Wenn etwas fehl laufen konnte, dann war das die politische Führung dieses Modells. Nach einem Monat der Krise sind die Preise nicht gestiegen. Als wir diese Zeilen schrieben, waren sie so wie immer.

Die Sektoren der Volks- und Verbandswirtschaft spielten eine sehr wichtige Rolle, um zu verhindern, dass das Land wegen der Plünderungen außer Kontrolle geriet. Aber durch eine Vielzahl von Gründen erhielten diese Bewegungen nicht die entsprechende Beachtung der politischen Macht, die sie verdient hätten, um das Modell effektiv zu verteidigen und die Arbeitgeber zu stärken, damit sie einen höheren Beitragsanteil leisten. Die Reform des INSS war weder schlecht noch neoliberal. Aber sie wurde der Bevölkerung nicht rechtzeitig erklärt. Viele Leute gingen guten Glaubens demonstrieren. Aber dort wurden sie betrogen und instrumentalisiert.

Proteste

Zu den Protesten meint CELAG: „Die Reaktion der Regierung Ortegas angesichts der Forderungen der Demonstranten ist keine gering zu schätzende Tatsache. (Sie scheint auch gesetzlich möglich zu sein.) Aber sie ist zweifelhaft und offenbar durch die Ereignisse aus dem Ruder gelaufen, wie die große Anzahl der Toten und Verletzten beweist.“

Bei den legitimen friedlichen Demonstrationen am Mittwoch, dem 18. April, standen an erster Stelle die Forderungen der Demonstranten gegen den Beschluss, das INSS zu reformieren. Es zeigte sich, dass die Demonstranten schlecht informiert waren. Der Beschlussvorschlag sollte erst ab Juli in Kraft treten. Es war also noch genügend Zeit, um ihn zu überarbeiten. Es macht keinen Sinn, wenn CELAG für Nicaragua eine Logik anwendet, die es nicht für Bolivien und Venezuela angewendet hat, wo es auch Protestdemonstrationen gegeben hat. Dort waren die Forderungen extrem lähmend, wenig realistisch und gegenüber den Regierungen schlecht begründet.

An zweiter Stelle stand, dass die Antwort der Nationalpolizei der Härte der Vorkommnisse entsprach. Aber dann verwandelte sich die friedliche Demonstration ganz schnell in eine Schlägerei zwischen Demonstranten und der Regierung nahestehenden Jugendgruppen. Danach traten gewaltbereite Stoßtrupps der politischen Opposition des Landes in Aktion. Sie wurden prinzipiell von der Erneuerungsbewegung der Ex-Sandinisten angeleitet, die heute Verbündete der extremen USA-Rechten sind und seit Jahrzehnten von der Regierung der USA und deren Satelliten-Nichtregierungsorganisationen finanziert werden.

Vom 19. bis 21. April vermischten sich die bewaffneten Gruppen der politischen Opposition mit Studenten und Jugendlichen. Im weiteren Verlauf kamen Hunderte gedungene Kriminelle aus verschiedenen Städten hinzu, um die Attacken zu intensivieren. Sie attackierten jede Art von Infrastruktur mit Feuerwaffen und Molotow-Cocktails. Die Proteste wurden immer gewalttätiger. Zweifellos entstand dadurch der Eindruck einer unverhältnismäßigen Unterdrückung. Das ging so weit, dass mittels einer riesigen Maschinerie der Desinformation in den sozialen Netzen und den Nachrichtenmedien der Privatunternehmen und deren internationalen Partnern von „Massakern“ berichtet wurde. Eine wichtige Komponente der Desinformation war die Manipulation der Anzahl der Toten und Verletzten. In diesem Punkt wiederholt auch CELAG die falsche Propaganda der Rechten mit dem Satz „Die große Anzahl der Verletzten und Toten bei den Protesten“.

In der Stadt Estelí starben zwei Jugendliche bei Unruhe, die zurzeit aufgeklärt werden. 18 Polizisten und 16 Mitarbeiter der Stadtverwaltung wurden verletzt. Auf einem Areal von Häuserblocks fand fünf Stunden lang eine Schlacht statt. Es waren 500 bis 600 Angreifer, die Hälfte von ihnen wurde aus Managua und Leon nach Estelí gebracht. Sie setzten die Stadtverwaltung in Brand, plünderten ein Lebensmittelgeschäft und griffen einen Supermarkt an. Wenn das Gewaltniveau am Abend des 20. April zwei Tote forderte, dann bedauern wir das. Es zeigt aber auch, dass die Nationalpolizei

keine Feuerwaffen nutzte, sondern Gummigeschosse und Tränengas. 1994 gab es in Esteli an nur einem Tag einen bewaffneten Konflikt zwischen der Regierung und aufständigen Kräften, die die Stadt für einen Moment eingenommen hatten. Dabei starben 50 Menschen.

Die Reaktion der Regierung des Präsidenten Ortega und der Nationalpolizei entsprach der Bedrohung durch die bewaffneten Gruppen und ihrer Begleiter, die nichts mit einem „friedlichen Protest“ zu tun hatte. Wir vergleichen die verhältnismäßige Antwort der Regierung. Natürlich vergleicht CELAG auch, ob es richtig ist oder nicht, über eine „große Anzahl von Verletzten und Toten“ zu berichten. Estelí, teilweise Managua, die Städte León, Masaya, Granada, Diriamba, Jinotepe und Chinandega, sie alle litten unter den Angriffen der bewaffneten Gruppen, die darauf gerichtet waren öffentliche Büros und privates Eigentum zu zerstören, ohne irgendjemanden zu respektieren.

Wenn CELAG einen logischen Rahmen der „friedlichen Proteste“ anwendet, dann ist das im Falle eines gewalttätigen Aufstandes in so vielen Stadtzentren neben der Hauptstadt nicht anwendbar. Am Montag, den 23. April, berichteten die Medien von 20 bis 23 Toten. Unter ihnen befanden sich zwei Polizisten, ein Journalist, verschiedene Sympathisanten der Regierung, einige Zugereiste und Demonstranten. Es macht keinen Sinn „eine große Anzahl von Verletzten und Toten“ zu erwähnen, ohne zwischen den Opfern der bewaffneten Gruppen und den Opfern der Polizeiaktion zu unterscheiden. Nur von einer „großen Anzahl“ zu berichten, bedeutet, in der Medienoffensive der politischen Opposition in Nicaragua mitzuarbeiten, die weismachen will, dass alle Opfer aus der Antwort der Regierung resultieren.

Das Gegenteil ist der Fall. Alle Toten resultieren direkt aus der bewaffneten Gewalt, entfaltet durch die politische Opposition. An den zwei folgenden Tagen nach dem 23. April, an denen es keine ernsthaften Auseinandersetzungen der bewaffneten Gewalt gab, bauschten die Nichtregierungsorganisationen und die Medien der politischen Opposition die Anzahl der angeblichen Toten auf über 40 auf.

Dann erschienen Leute in den sozialen Netzen, die die Berichte über ihren Tod dementierten. Familien traten auf, die beklagten, dass ihre Toten nichts mit den Protesten zu tun haben. Es gibt viel, was man außerhalb (und auch innerhalb) Nicaraguas noch nicht weiß und was zurzeit noch untersucht wird. Sie wissen nicht genau die Anzahl der Toten und noch viel weniger in der Mehrzahl der Fälle, wer sie tötete.

Ein weiterer heftiger imperialer Angriff

Am Sonnabend, dem 21. April, verkündete Präsident Ortega den Dialogvorschlag und die Privatunternehmen akzeptierten ihn. Am Sonntag, dem 22. April, nahm Präsident Ortega den Beschluss über die INSS-Reform zurück. Wenn die Proteste die INSS-Reform betrafen, dann wäre die Gewalt beendet gewesen. Aber sie ging nicht zu ende, weil die politische Opposition an die Macht will, die sie über Wahlen nicht gewinnen kann. Während CELAG „bedeutende Differenzen“ mit den Nachbarländern notiert, notiert es nicht das Offensichtliche im Verhältnis zu den Vorkommnissen zwischen dem 18. und 22. April in Nicaragua. Zu keiner Zeit schritt die Armee ein, um die Proteste niederzuschlagen, wie es in den Nachbarländern als Antwort auf Ausschreitungen geschah. Demonstrationen aufzulösen, indem die Demonstranten vernichtet werden, ist dermaßen weit entfernt von der Doktrin und Vorbereitung der Polizeikräfte Nicaragua, die an der Wurzel der Revolution von 1979 formiert wurde.

Wenn CELAG feststellte, dass die Regierung „offenbar von den Ereignissen überrascht wurde“, dann muss man sagen, dass das stimmt. Wir konnte es sein, fragen sich viele in Nicaragua, dass einige Sicherheitskräfte (sandinistischer Herkunft), die seit fast 30 Jahren die internationale organisierte Kriminalität im Zaume halten konnten und die seit 40 Jahren alle Bewegungen des Imperialismus in der Region überwachten, nicht in der Lage waren, den Verstand zu bemühen und davor zu warnen, was da ausgeheckt wurde? Wie kann eine Regierung, die eine großartige und massive Struktur der Vorbeugung alle Art aufgebaut hat, sich von einer politischen Gefahr (nicht sozialen) überfordert sieht, wie die, die sich dann darbot? Man kann sagen, dass im Verlauf weniger Tage die politische Struktur praktisch gelähmt war, obwohl auf jeder Ebene die Mittel angewandt wurden, die sich als erforderlich, anwendbar und machbar erwiesen, um Front gegen eine sehr flatterhafte Situation zu machen, in der schnell eine übermäßige bewaffnete Gewalt in den städtischen Zentren einsetzte.

Andererseits ist es fair und erforderlich festzustellen, dass die lateinamerikanische und europäische Linke von den Ereignissen in Nicaragua genauso überrascht wurde. Mit wenigen Ausnahmen zeigten die Intellektuellen Lateinamerikas und Europas die gleiche Ignoranz und das Fehlen einer politischen Vision, eines sozial-ökonomischen Verständnisses und einer moralischen Bescheidenheit, die sie im Falle Libyens demonstrierten. Sie verstehen Nicaragua nicht. Bestenfalls haben sie die Wirklichkeit des Landes verzerrt und verkürzt, weil sie in den einen oder anderen ideologischen Rahmen passen, der nicht den Besonderheiten der nicaraguanischen Gesellschaft

und Wirtschaft entspricht. Schlechten falls unterstützen sie die Argumente der politischen Opposition des Landes, die durch die Ex-Sandinisten, die durch Donald Trump und Mike Pence, die Verbündeten von Marco Rubio, Bob Menendez und Ileana Ros Lehtinen, im Dienste der gemeinsamen Interessen wie die der Coen-Gruppe und ihrer regionalen Kollegen gesponsert werden, angetrieben wurden.

Nicaragua benötigt derzeit keine überhebliche Zuteilung oder Zurückhaltung von Sternchen als ob es ein Examen der Linkstümlerei abgelegt hätte. Es braucht die besonnene Solidarität, um dem heftigen Angriff des Yankee-Imperiums und seiner internationalen und nationalen Verbündeten gegen eine sozialistische und antiimperialistische Regierung, die ein bedingungsloser Verbündeter Boliviens, Kubas, Venezuelas und aller Volksbewegungen Lateinamerikas und der Karibik ist, widerstehen zu können..

Verluste übersteigen 600 Millionen US-Dollar *Informe Pastrán*



Nach einem Monat der Proteste, mit Verlusten an Menschenleben, Hunderten von Verletzten, vor allem unter den jungen Universitätsstudenten, stellt

Consultores Para el Desarrollo Empresarial (COPADES) einen Berg der Verluste in der Produktion und im Dienstleistungssektor in Höhe von 650 Millionen US-Dollar fest, ohne dabei den Wert der Schäden an der produktiven, ökonomischen und sozialen Infrastruktur einzubeziehen. Dieser Verlust macht vier Prozent des in diesem Jahr erwarteten BIP aus...

„Die zahlenmäßige Erfassung der Produktionsverluste ist dank der Anwendung der Stammdaten des Produktaufwandes und der Nationalen Abrechnungen sowie der Faktoren der Produktionsberechnung und der Überweisung der Produktion des Landwirtschaftszyklus‘ auf das Kalenderjahr möglich. Wir weisen auf Letzteres hin, weil die Angaben des vergangenen Jahres nicht auf die Verluste verweisen, die im Zyklus 2018/19 entstehen und die noch Auswirkungen im Jahr 2019 haben können“, erklärte der Wirtschaftsexperte Néstor Avendaño gegenüber Informe Pastrán.

Rund 60 Prozent der Verluste gehen zu Lasten des Dienstleistungssektors, hauptsächlich des Handels, des Tourismus‘, der Hotels und Restaurants, des Transports und der Kommunikation, der Bildung, der kommunalen und persönlichen Dienstleistungen. „Die restlichen 40 Prozent konzentrieren sich auf die Landwirtschaft, die kleine Industrie und das Bauwesen. Allgemein stellen wir eine bedeutende Verlangsamung des Produktionswachstums in jeder einzelnen Wirtschaftsaktivität fest. Die Annahme, dass der Nationale Dialog die Pforte für eine möglichst geringe Laufzeit öffnen würde, erfüllte sich nicht. Das Real-BIP oder das Volumen der Güterproduktion und der Dienstleistungen wird nur um 4,4 Prozent anwachsen, prognostizierte COPADES für dieses Jahr. Es könnte auf 1,2 Prozent abfallen“, erklärte Avendaño.

Wegen Nicaragua – Welle der Instabilität in Mittelamerika *Informe Pastrán*

Das behauptet heute die nordamerikanische Agentur, die in Fragen der Geopolitik spezialisiert ist: Die Agentur *Stratfor*... Dabei geht es darum, ob die Wahlen bereits 2019 stattfinden oder die Wahlperiode bis 2021 durchgezogen wird, um die Instabilität aufzuhalten. „Wenn die Proteste dazu führen, dass Ortega gehen muss, dann intensivieren die politischen Oppositionen der Regierungen in Honduras und Guatemala möglicherweise die Proteste in diesen beiden Ländern“, stellt *Stratfor* fest. „Das, was in Nicaragua vor sich geht, kann nicht so bleiben. Wenn Ortega die Macht verliert, dann könnten andere instabile Länder Mittelamerikas wie Honduras und Guatemala sofort Wut auf ihre eigenen Dissidenten empfinden.“

Die lateinamerikanischen Länder wie Honduras, Nicaragua und Guatemala leiden wegen der Herausforderungen der Opposition an der bestehenden Ordnung unter der politischen Instabilität“, sagt *Stratfor* und ergänzt, „wenn die nicaraguanische Regierung unter dem Volksdruck zusammenfällt, dann könnte dieser Kollaps Unruhen in anderen Teilen der Region entzünden“... „Die Demonstrationen und ihre damit verbundenen Gewaltakte und Plünderungen stören die Handelstätigkeit und verschlimmern somit die Wirtschaftsprobleme, was in letzter Instanz zur Immigration (prinzipiell illegal) in die Vereinigten Staaten führen könnte.“

Nach der Präsidentschafts- und Abgeordnetenwahl im November 2017 erschütterten die Proteste Honduras bis Anfang 2018. Das erleichterte die Plünderungen, die die Markttätigkeit im Lande störten“, erinnert *Stratfor*...

„Der Fall Ortegas könnte möglicherweise Segmente der honduranischen politischen Opposition anregen, die Proteste gegen den konservativen Präsidenten Juan Orlando Hernández wieder aufleben zu lassen. Viele aus der Opposition glauben, dass der Wahlbetrug den Weg ihres Kandidaten an die Macht verhinderte. Die Mitglieder der Freien und andere politischen Verbündete könnten Gewaltdemonstrationen gegen die Regierung organisieren, obwohl solche Unruhen nicht notwendigerweise die Administration bedrohen müssten.“

„In Guatemala ist die Gefahr der allgemeinen Proteste wesentlich geringer als ein Honduras. Eine Welle der Demonstrationen stürzte 2015 den konservativen Präsidenten Otto Pérez Molina. Der aktuelle Präsident Jimmy Morales steht vor wachsenden Problemen“, sagt *Stratfor*... Die Agentur behauptet, dass bei einem abrupten Ende in Nicaragua „die Proteste unter der Schirmherrschaft der guatemalteckischen Verteidiger der Internationalen Kommission gegen die Straffreiheit in Guatemala (CICIG) erneut ausbrechen könnten, obwohl die Oppositionsparteien ziemlich zerstritten sind, um Impulse gegen den Präsidenten zu setzen.“

„Wenn die Demonstrationen in Nicaragua einen Schritt in Richtung bedeutender Verhandlungen sind, dann ist es möglich, dass Guatemala und Honduras keine Unruhen erleben. Aber wenn Ortega die Präsidentschaft in einer schnellen und ungeordneten Partie verliert, dann könnten die Aufrufe zu Protesten sofort die Nachbarn Nicaraguas im Norden erreichen.“

Die Sandinistische Revolution verteidigen

La Voz del Sandinismo



Compañero Fernando Bossi, Direktor des Emanzipationsprojekts und des Portals ALBA bestätigte den Willen des Bündnisses, jederzeit zu helfen, damit die nicaraguanischen Familien zur Ruhe zurückkehren und einen dauerhaften Frieden erlangen. Er sagte weiter: „Der US-amerikanische Imperialismus und seine Verbündeten haben begonnen, eine verbrecherische Offensive gegen die rechtmäßige Regierung der Republik Nicaragua zu entfalten. Einmal mehr muss sich die sandinistische Revolution gegen jene richten, die das Land dem Gutdünken des Weißen Hauses ausliefern wollen. Diese Offensive ist in einem noch ausgedehnteren Projekt verankert, das die Aggression bereits auf alle Länder der Region, die ihre souveräne Stimme gegen die Vorstöße, die Missachtungen und Einmischungen der Yankee-Regierung erhoben haben, richtet. Venezuela, Bolivien und Kuba sind weiterhin Opfer dieser perversen Destabilisierungs- und Gewaltaktionen.

Andererseits sehen wir mit Sorge, dass einige fortschrittliche Sektoren anderer Regionen, einschließlich der Linken, unter dem Einfluss der perversen und reaktionären Predigt der Verräter und militanten Strohmannen der Sandinistischen Erneuerungsbewegung stehen, deren Aktion auf verschiedenen

nationalen und internationalen Foren für Konfusion und Desinformation sorgen. Diese verrufenen „Sandinisten“ müssen entlarvt werden, denn sie sind nichts anderes als Möchtegern-Yankees im Dienste von Trump und der Feinde des nicaraguanischen Volkes.

Vom Emanzipationsprojekt und Portal ALBA aus verkünden wir unsere aufrichtige Solidarität mit der Regierung des Comandante Daniel Ortega, der FSLN und dem gesamten Volk Nicaraguas.

Von der bolivariischen und sandinistischen Tribüne aus verpflichten wir uns mehr als je zuvor, die Wahrheit über Nicaragua zu verbreiten, seine heilige Souveränität zu verteidigen und alles nur Mögliche zu unternehmen, damit die Konterrevolution keinen Erfolg hat. Es ist unsere Intension, dass wie unseren Beitrag im Kampf des nicaraguanischen Volkes für Frieden, Dialog und Demokratie leisten werden. Wer irgendein Land Unseres Amerikas angreift, greift das Große Vaterland von Bolívar, Sandino und Che an. Ihr könnt mit unserer aktiven Solidarität rechnen. Von Venezuela Bolivars und Chavéz aus stehen wir an eurer Seite.“

Fernando Bossi

Direktor des Emanzipationsprojekts und des Portals ALBA

ale/jos

OAS wird nicht für einen antidemokratischen Ausweg bürgen

Informe Pastrán, 22. Mai 2018

Der Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) Luis Almagro sagte auf einem Forum über Demokratie an der Universität „George Washington“ in Washington DC, dass in Nicaragua eine Polarisierung der politischen Kräfte existiert und dass vom Volk eine Entscheidung getroffen werden muss, damit das Land mittels eines transparenten, fairen und angemessenen Wahlprozesses zu sich zurückkehrt...“ „Es bestehen keine Voraussetzungen für einen solchen Prozess. Wir müssen wenigstens einen Prozess der Anwendung der Vorschläge der Wahlbeobachtermission der OAS bei den vergangenen Kommunalwahlen organisieren“, sagte Almagro.

„Ich beobachtet in diesen Tagen, dass die Demokratie in Nicaragua nicht nur von der Regierung, sondern auch von den anderen Akteuren behütet werden muss. Es gibt Akteure der Opposition, die definitiv vor nichts Respekt haben...“

Der Generalsekretär der OAS erklärte, dass seine Organisation die Taten der Unterdrückungsgewalt mit Todesopfern in Nicaragua verurteilte. Deshalb unterstützte sie den Einsatz der CIDH... Almagro unterstrich, dass die OAS einen transparenten und fairen Wahlprozess in Nicaragua unterstützen wird...



Auf die Vorwürfe der Forumsteilnehmer, die die nicaraguanische Zivilgesellschaft vertreten und die behauptet hatten, dass Almagro ein Komplize der Diktatur in Nicaragua sei, antwortete er empört: „Ich bin ein Komplize der Forderung nach einem transparenten und fairen Wahlprozess. Sie wollen einen Wahlprozess, der weder transparent noch fair ist. Sie wollen, sagen wir einmal, variable antidemokratische Dinge, um den aktuellen Präsidenten Daniel Ortega los zu werden. Das ist kein ehrenhafter Weg und wir werden nicht dafür bürgen. Das fühlen viele“...

„Unsere Mission wird morgen (23. Mai) ein Treffen mit den Bischöfen haben, die den Nationalen Dialog moderieren. Ihnen werden wir über die Fortschritte bei den Abkommen und über die bisherige Erfüllung der Vorschläge der Mission, die die vergangenen Wahlen begleitete, berichten. Der Mission gehören Gonzalo Koncke, Kabinettschef des Generalsekretariats der OAS, Luis Rosadilla, Berater von Almagro und zwei weitere Funktionäre der interamerikanischen Organisation an.“

Wie die Positionen in Übereinstimmung bringen?

Informe Pastrán

Im Nationalen Dialog, den die Bischöfe der Bischofskonferenz moderieren, gibt es radikale und moderate Positionen. Aber die Annäherungen fallen schwer, weil sich die Gegensätze und die Polarisierung angehäuft haben... Die Gegner der Regierung vertreten zwei Positionen. Ein Ausweg besteht darin, dass die gesamte Regierung zurücktritt und eine Art Junta geschaffen wird, die neue Wahlen einberuft. Das würde einen Bruch der Verfassungsordnung und ein Machtvakuum bedeuten. Andere wollen mittels einer Verfassungsreform die Wahlen weiterentwickeln, die 2019 stattfinden könnten... Und dann gibt es die offizielle Stellungnahme, die sagt, dass die Verfassung respektiert werden muss. Es sind Grundlagen für einen durch alle akzeptierten Wahlprozess für 2021 zu schaffen.

Am Mittwoch (23. Mai) werden die Plenarsitzungen des Dialogs wieder aufgenommen und erneut die Agenda der Demokratisierung behandelt. Der Tisch plant eine Verfassungsreform mit dem Ziel, die Wahlen der Präsidentschaft, der Gemeinden, des Parlaments und der Autonomen Regionen zu überholen. Der Vorschlag betrifft nicht die Wahlen zum Mittelamerikanischen Parlament... Diese Reform beinhaltet zwei Perioden. Einmal soll sie in diesem Jahr angenommen und am 10. Januar 2019 bestätigt werden. Zum anderen soll ein Oberster Wahlrat Wahlen im ersten Quartal 2019 ausrufen. Die Dialogseiten des Privatsektors, der Zivilgesellschaft, der Bauern und der Studenten lehnen nicht nur die Regierung, sondern auch die aktuelle Nationalversammlung ab.

Wer wird also die Verfassung reformieren und neue Wahlorgane mit welcher gesetzgebenden Mehrheit wählen?

Inhalt:

Der Dialog ruht und Nicaragua kommt nicht zur Ruhe	1
<i>Junge Welt: Wie in Venezuela</i>	4
Die Linke über Nicaragua – zwischen Hochmut und Ignoranz	6
Verluste übersteigen 600 Millionen US-Dollar	13
Wegen Nicaragua – Welle der Instabilität in Mittelamerika	14
Die Sandinistische Revolution verteidigen	16
OAS wird nicht für einen antidemokratischen Ausweg bürgen	17
Wie die Positionen in Übereinstimmung bringen?	19

Redaktionsschluss: 2. Juni 2018

Impressum:

Herausgeber: Wolfgang Herrmann (V.i.S.d.P)
Dreesch 18, 17291 Grünow
Telefon 039857-139003
Email: ing-herrmann@online.de

Internet: www.nuevanicaragua.de